

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

DER 3. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2024, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort

Donnerstag, 16. Mai 2024

19:00 – 22:00

in der Aula Kirchacker, Neuhausen am Rheinfall

Präsenz

18 Einwohnerräte (ER): Fabian Bolli (GLP), Urim Dakaj (SP), Peter Fischli (FDP), Dr. Urs Hinnen (Grüne), Herbert Hirsiger (SVP), Arnold Isliker (SVP), Sara Jucker (SVP), Bernhard Koller (EDU), Thomas Leuzinger (SP), Daniel Meyer (SP), Roland Müller (Grüne) Randy Ruh (GLP), Dr. Ernst Schläpfer (parteilos), Adrian Schüpbach (parteilos), Urs Schüpbach (parteilos), Marco Torsello (FDP), Dr. Jakob Walter (parteilos), Isabella Zellweger (SVP)

Gemeindepräsident (GP): Felix Tenger (FDP)

Gemeinderäte (GR): Christian Di Ronco (Die Mitte), Andreas Neuenchwander (SVP), Ruedi Meier (SP), GR Franziska Brenn (SP)

Gemeindeschreiberin: Barbara Pantli

Aktuarin: Barbara Zanetti

Vorsitz

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Entschuldigt

René Sauzet (FDP), Luka Vojinovic (Die Mitte)

Protokoll

Das der letzten Sitzung vom 07. März 2024 wurde genehmigt und wird nun im Internet publiziert.

Mitteilungen



EINWOHNERRAT

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 07.03.2024

1. Motion Nr. 2024/01 von Ernst Schläpfer vom 13.03.2024 mit dem Titel: «Stärkung der Volksrechte»
2. Kleine Anfrage Nr. 2024.03 von Urs Hinnen vom 13.05.2024 mit dem Titel «Invasive Neophyten im Wal»

Übrige beim Einwohnerrat liegende Geschäfte

Erheblich erklärte und noch nicht erledigte Motionen und Postulate

1. Motion Nr. 2022.01 von Roland Müller (Grüne) vom 21. Februar 2022 betreffend Definition von Grünflächen. An der ER-Sitzung vom 12. Mai 2022 erheblich erklärt.
2. Postulat Nr. 2022.02 von Fabian Bolli vom 12. Juli 2022 mit dem Titel Grün- und Freiraumstrategie präzisieren für eine ausreichende Versorgung mit hochwertigen Ausgleichsräumen. An der ER-Sitzung vom 8. Dezember 2022 erheblich erklärt.
3. Postulat Nr. 2022.03 von Roland Müller vom 12. Oktober 2022 mit dem Titel: Einführung einer regelmässigen Kartonsammlung im Sinne einer getrennten Kehrrichtabfuhr. An der ER-Sitzung vom 12. Januar 2023 erheblich erklärt.
4. Postulat Nr. 2022.05 von Fabian Bolli vom 14. November 2022 mit dem Titel: Machbarkeit Ortsmuseum: Naturhistorische, industrielle und kulturelle Schätze Neuhausens zugänglich machen und in Wert setzen. An der ER-Sitzung vom 2. März 2023 erheblich erklärt.
5. Postulat Nr. 2023.06 von Sara Jucker und Arnold Isliker vom 16. November 2023 betreffend «Anpassung Ausführungsbestimmungen für Wahlen und Abstimmungen». An der ER-Sitzung vom 7. März 2024 erheblich erklärt.

Pendente Kleine Anfragen



EINWOHNERRAT

Der Einwohnerratspräsident Randy Ruh begrüsst die anwesenden Einwohnerräte, die Gemeinderäte, Medien und Gäste zur 3. Einwohnerratssitzung des Jahres 2024. Einladungen und Traktandenliste wurden rechtzeitig zugestellt.

Traktandenliste

1. Bericht und Antrag betreffend Bereinigung (Fristerstreckung) von Motionen und Postulaten.
2. Postulat Nr. 2024.01 von Urs Hinnen und Roland Müller vom 16. Januar 2024 mit dem Titel: «Schädliche Lichtverschmutzung eindämmen». (schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 19. März 2024 liegt vor)
3. Motion Nr. 2024.1 von Ernst Schläpfer vom 5. März 2024 betreffend Stärkung der Volksrechte
4. Bericht und Antrag Teilrevision der Geschäftsordnung und Besoldungsreglement für den Einwohnerrat der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall

EINWOHNERRAT

Traktandum 1

Bericht und Antrag

Bericht und Antrag betreffend Bereinigung (Fristerstreckung) von Motionen und Postulaten

Zuständiger GR:

Gemeindepräsident Felix Tenger

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst Gemeindepräsident Felix Tenger.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Es sind verschiedene Gemeinderäte zuständig, wie sie aus dem Geschäft erkennen können. Wir erfüllen mit dieser Fristverlängerung die formelle Voraussetzungen, da Motionen und Postulate nach 12 Monaten beantwortet oder verlängert werden müssen. Wir haben einzelne inhaltliche Begründungen welche ihnen vorliegen. Ich möchte diese nicht nochmals ausführen. Ich gebe gern das Wort wieder zurück.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Das Wort für die Eintretensvoten ist frei.

ER Daniel Meyer (SP)

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich teile ihnen die Mitteilung der SP-Fraktion zum Bericht und Antrag betreffend Bereinigung (Fristerstreckung) von Motionen und Postulaten mit.

Insgesamt ist nach der Sicht der SP-Fraktion so eine Fristverlängerung hinterher etwas speziell und unschön. Dies vor allem daher da sie in einer erstattlichen Anzahl erfolgt ist. Auch über den Umstand, dass der Hinweis aus einem Plenum kommen musste, ist die SP-Fraktion nicht so sehr erfreut. Man dürfte meinen, dass der Gemeinderat bei der überschaulichen Anzahl an Vorstössen seine Hausaufgaben im Blick halten sollte.

Nichtsdestotrotz ist die SP-Fraktion für Eintreten in das Geschäft.

Folgendes erscheint unserer Fraktionsmitgliedern aber doch etwas verquer in der Landschaft: Es geht um den ersten Antrag des Bericht und Antrages zur Fristverlängerung von der Motion Müller 2022/01, welche vor ca. 2 Jahren als erheblich erklärt wurde. In dieser Motion verlangt ER Müller Anforderungskriterien für Grünflächen und Freiflächen. Die SP-Fraktion ist der klaren Auffassung, dass die Anforderungskriterien eigentlich Definitionen sind und daher Handwerkzeug für die Nutzungsplanung. Es wäre daher notwendig und sinnvoll, dass die Definitionen als Grundlage bereits ständen. Dies von vorneherein und nicht erst hinterher, wie der Gemeinderat in seiner Begründung impliziert. Die SP-Fraktion beantragt ihnen deshalb, dass das Geschäft per 31.12.2024 verlängert wird, also ein Jahr weniger. Damit hätte der Gemeinderat die Definitionen zur Hand um die Strategie zu erarbeiten, welche er sich vorgenommen hat auf Ende 2025 zu terminieren. Die übrigen Anträge auf Fristverlängerung heissen wir gut, sind allerdings etwas kritisch, ob diese dann auch wirklich reichen, vor allem beim 2022.05 Postulat von Fabian Bolli, Machbarkeit Ortsmuseum, welches ebenfalls auf Ende diesen Jahres terminiert ist. Wir wünschen hier gutes Gelingen.

ER Roland Müller (Grüne)



EINWOHNERRAT

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Gemeinderätin und Gemeinderäte, Kolleginnen und Kollegen, Gäste und Medienvertreter.

Gerne gebe ich die Position Grünen kund. Da die Anforderungskriterien für die Grün- und Freiflächen aus unserer Sicht nicht in der von mir gewünschten Präzisierung vorliegen, macht die Fristverlängerung Sinn, unter der Annahme, dass diese auch konsequent in die Nutzungsplanung einfließen respektive vorher definiert werden. Dass der Bericht und Antrag zum am 12. Januar 2023 erheblich erklärten Postulat «Einführung einer periodischen Kartonabfuhr» nicht innert Jahresfrist vorliegt, ist für uns schwer nachvollziehbar und unverständlich. Wenn man bedenkt, wie schnell die Teilrevision in der Sonderzone Ebni umgesetzt werden konnte, obwohl diese Revision als wesentlich komplexer einzustufen ist.

Trotzdem werden wir den Anträgen zustimmen.

GPK-Präsident Fabian Bolli

Sehr geehrter Einwohnerratspräsident, sehr geehrter Gemeindepräsident, sehr geehrte Gemeinderäte und Gemeinderätin, geschätzte Kollegen und Dritte

Ich spreche als GPK-Präsident, die entschieden hat sich zum Geschäft zu äussern.

Die GPK prüft verfassungsgemäss unter anderem die Geschäftsführung des Gemeinderats auf Rechtmässigkeit. In der Sache des vorliegenden Geschäfts ist explizit darauf hinzuweisen, dass die gesetzliche Frist für das Vorlegen eines Bericht und Antrages bei einem überwiesenen Postulat ein Jahr beträgt. Diese Einjahresfrist ist in allen vier Fällen bereits seit mehreren Monaten verstrichen. Die GPK fühlt sich verpflichtet den Gemeinderat auf dieses Verfehlen hinzuweisen und bittet diese Fristen im Sinne des Rechts zukünftig einzuhalten.

Die GPK nimmt im Allgemeinen auch politisch Stellung. In der vorliegenden Angelegenheit bittet die GPK den Gemeinderat die Geschäfte aus dem Einwohnerrat mit der gleichen zielstrebigem, wohlwollenden und pragmatischen Einstellung zu behandeln, wie er es gegenüber dem Einwohnerrat von den seinigen erwartet. Auch diese Anliegen dienen dem Wohl der Gemeinde, sie kommen letztlich aus der Vertretung des Volkes. Sie beschäftigen sich in der Regel mit grösseren – man könnte sagen strategischen - Entscheiden über die Zukunft. Es soll in Erinnerung gerufen werden, dass diese Anliegen politisch mindestens gleichviel wiegen wie das Tagesgeschäft. Wenn allerdings nun ein Bericht vorliegt, in der gesetzliche Rahmen als «harte Rahmenbedingung» des Umgangs mit den Geschäften nicht eingehalten wird, erzeugt dies leider ein etwas anderes Bild. Seitens GPK ist das alles. Wenn der Präsident es erlaubt schliesse ich das Fraktionsvotum an.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende

Ich möchte vorwegnehmen, dass aus Sicht der GLP-Die-Mitte Fraktion die Zustimmung zum Antrag zur Fristverlängerung alternativlos ist. Eine Ablehnung macht keinen Sinn. Die GLP-Die-Mitte-Fraktion hat ausserdem auch festgestellt, dass die Fristen zur Vorlegung von Bericht und Antrag nicht eingehalten wurden.

Nun also zum Inhaltlichen: Aus Sicht der GLP-Die-Mitte Fraktion sind die Gründe für die Fristverlängerungen mehrheitlich nachvollziehbar, wenn auch nicht sehr ausführlich. Wir gehen aufgrund der längeren Zeit auch davon aus, dass daraus entstehenden Lösungen dann die entsprechende Qualität aufweisen, so lässt sich die Fristverlängerung begründen. Einzelne Geschäfte begleiten wir persönlich in den gemeinderätlichen Kommissionen. Bei den beiden anderen, konkret der Kartonsammlung und dem Ortsmuseum gibt es noch nichts Handfestes. In Letzterem, sprich dem Ortsmuseum, bleiben auch nach der Begründung konkrete Aussagen



EINWOHNERRAT

über das Vorgehen offen. Die Erklärung daher für uns begrenzt zufriedenstellend. Als Postulant eines Anliegens, dass praktisch alle unterstützten, ist es mir ein Anliegen, dass es dort konkrete Lösungen gibt. Der zuständige Referent weiss Bescheid, wir haben uns dazu schon mehrfach unterhalten. Es bestehen auch diverse Abhängigkeiten, z.B. finanzpolitischer Natur. Es ist keine einfache Fragestellung aber genau deshalb sollte uns motivieren zusammen eine Lösung zu finden. Ich stehe gerne zur Verfügung dieses Projekt voranzutreiben.

Wir stehen den einzelnen Vorhaben nach wie vor allen positiv gegenüber und beobachten daher die weiteren Geschehnisse mit Interesse.

ER Sara Jucker (SVP)

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Unsere Fraktion hat den Bericht und Antrag besprochen.

Weniger ging es um die Vorstösse an sich, hauptsächlich wurde der Umstand diskutiert, dass der Gemeinderat das Gesuch um Fristverlängerung dem Einwohnerrat zu spät vorgelegt hat.

Das Postulat von Einwohnerrat Fabian Bolli «Ortsmuseum» ist in der Frist.

Dass die Machbarkeit eines Ortsmuseums für unsere Gemeinde in das Projekt «Rheinfall Governance» miteinfließen soll macht natürlich Sinn und dem Antrag auf Fristverlängerung bis 31. Dezember 2024 kann zugestimmt werden.

Die Begründungen für die Fristverlängerung des Postulats von Einwohnerrat Fabian Bolli «Grün- und Freiraumstrategie», hier sind die Arbeiten in vollem Gange, sowie der Motion von Einwohnerrat Roland Müller «Definition von Grünflächen», diese solle im Zuge mit der Vorlage Nutzungsplanung behandelt werden, sind absolut nachvollziehbar und an und für sich könnte der Fristverlängerung bedenkenlos zugestimmt werden, wäre der Antrag fristgerecht beim Einwohnerrat eingegangen.

Zum Postulat von Einwohnerrat Roland Müller «regelmässige Kartonsammlung».

Dieses Postulat empfinde ich persönlich als sehr wichtig, haben wir doch viele ältere und gebrechliche Einwohnerinnen und Einwohner, welche über eine solche Kartonsammlung froh wären. Die Begründung des Gemeinderates bezüglich der vertieften Abklärungen und verschiedenen Varianten reicht mir nicht. Genau für diese Abklärungen war ja 1 Jahr Zeit und dass die Frist bis 31. Dezember 2024 verlängert werden soll kann ich nicht nachvollziehen. Natürlich gibt es immer wieder verständliche Gründe, eine Fristverlängerung zu beantragen. Dann sollte dies aber angesprochen werden und frühzeitig eine Verschiebung beantragt werden. Man kann sicherlich abschätzen, ob ein Postulat oder eine Motion innerhalb von 6 Monaten behandelt werden kann oder nicht – somit ist eine frühzeitige Information möglich. Sollte das Thema dennoch früher verhandelbar sein, spricht absolut nichts dagegen, den entsprechenden Bericht und Antrag auf die Traktandenliste zu setzen.

Unsere Fraktion ist hinsichtlich der Anträge unterschiedlicher Meinung.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP):

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen.

Gemeinderat Christian di Ronco wünscht das Wort zum Eintreten der Fraktionen.

GR Christian di Ronco (die Mitte):

Besten Dank, ich möchte noch ein zwei Anmerkungen zum ersten Antrag, dem Postulat von Roland Müller, machen. Dort hat der Gemeinderat ja bereits eine schriftliche Antwort geliefert und auch ausgeführt, dass die entsprechende Artikel in der Nutzungsplanung aufgenommen worden sind. Der Gemeinderat hat auch beantragt die Motion abzuschreiben. Innerhalb der Ratsberatung wurde von ER Ernst Schläpfer (darum habe ich ihn auch im Bericht und Antrag

EINWOHNERRAT

zitiert) vorgeschlagen, dass man mit der Abschreibung noch zuwartet und mit der Nutzungsplanungsvorlage dann abschreibt. Dass die Nutzungsplanungsvorlage nicht im 2024 kommt ist allen klar, also kam dies faktisch schon einer Verlängerung nach. Formal haben sie recht, hätte man dies noch nachreichen müssen. Aber es war damals bei der Beratung schon klar, dass diese Vorlage noch nicht vorliegt.

Der Gemeinderat hat die Abschreibung beantragt, weil er den entsprechenden Artikel in der Nutzungsplanung bereits aufgenommen hat.

Bezüglich der Kartonsammlung gebe ich ihnen recht: hier ist die Frist abgelaufen. Wir hatten letztes Jahr noch die altersfreundliche Gemeinde und damit zusammenhängend die Quartierbegehungen. Hier wollte ich noch die Resultate der Anliegen der Seniorinnen und Senioren abwarten. Ich hatte mir hierfür einen Zeitplan zugelegt, aber leider konnte ich, aufgrund der Arbeitslast und vertieften Abklärungen (wie dieser gestaltet werden soll), diesen nicht einhalten. Ich bitte sie hier um Nachsicht. Den Entwurf habe ich bereits hier, dieser kommt nun in den Gemeinderat und wird sicher nicht im letzten Quartal besprochen. Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP):

Damit kommen wir zur Detailberatung. Ich werde den Bericht und Antrag seitenweise durchgehen.

Seite 2

ER Ernst Schläpfer (parteilos)

Wenn man mich schon zitiert, sehr geehrter Herr Ratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, dann möchte ich am liebsten, dass man mich korrekt interpretiert.

Die Diskussion damals war die folgende: kann man es sofort abschreiben oder kann man das nicht abschreiben? Gemeinderat Di Ronco hatte sich dann für eine sofortige Abschreibung ausgesprochen, wogegen der Rat sich gegen einer sofortigen Abschreibung entschieden hat. Ich habe damals ganz klar gesagt, dass wenn die neue Nutzungsplanung steht, dann kann man es abschreiben. Aber!, wenn dies länger dauert, ist es vielleicht gar nicht so schlecht, wenn der Gemeinderat in einem speziellen Bericht und Antrag sich dem Thema einmal richtig und pflichtig annimmt und dem Einwohnerrat seine diesbezüglich Strategie darlegt. Das, was da zitiert wird, ist zwar völlig korrekt, aber nicht sinngemäss so wie ich es gesagt habe.

ER Roland Müller (Grüne)

Da es um meinen Vorstoss geht, möchte ich es gerne noch präzisieren: es geht nicht darum zu definieren, wo die Grün- und Freiflächen sind, sondern wie sie gestaltet werden sollen respektive wie sie definiert sind, also was ist eine Grünfläche?

Das ist meiner Meinung nach immer noch nicht gemacht, aus diesem Grund kann es noch gar nicht abgeschrieben werden.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP):

Wird das Wort zu den Beilagen gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Wird Rückkommen verlangt? Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zu den Abstimmungen.

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreitet Ihnen der Gemeinderat folgende Anträge:

Der erste Antrag vom Gemeinderat wird dem Antrag des ER Daniel Meyer gegenübergestellt.

1. Antrag Gemeinderat:

Die Frist zur Vorlage eines Berichts und Antrags an den Einwohnerrat zur Erledigung der Motion 2022.01 von Roland Müller (Grüne) wird auf den 31. Dezember 2025 verlängert.

EINWOHNERRAT

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Antrag von ER Daniel Meyer:

Die Frist zur Vorlage eines Berichts und Antrags an den Einwohnerrat zur Erledigung der Motion 2022.01 von Roland Müller (Grüne) wird auf den 31. Dezember 2024 verlängert.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer sich enthalten will, hebe bitte die Hand?

Sie haben dem Antrag von Daniel Meyer mit 8 zu 3 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) zugestimmt.

2. **Die Frist zur Vorlage eines Berichts und Antrags an den Einwohnerrat zur Erledigung des Postulates 2022.02 von Fabian Bolli (GLP) wird auf den 31. Dezember 2024 verlängert.**

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer sich enthalten will, hebe bitte die Hand?

Sie haben dem Antrag mit 16 zu 0 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zugestimmt.

3. **Die Frist zur Vorlage eines Berichts und Antrags an den Einwohnerrat zur Erledigung des Postulates 2022.03 von Roland Müller (Grüne) wird auf den 31. Dezember 2024 verlängert.**

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer sich enthalten will, hebe bitte die Hand?

Sie haben dem Antrag mit 12 zu 0 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) zugestimmt.

4. **Die Frist zur Vorlage eines Berichts und Antrags an den Einwohnerrat zur Erledigung des Postulates 2022.05 von Fabian Bolli (GLP) wird auf den 31. Dezember 2024 verlängert.**

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer sich enthalten will, hebe bitte die Hand?

Sie haben dem Antrag mit 14 zu 0 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) nicht zugestimmt.

Das Geschäft ist erledigt.



EINWOHNERRAT

Traktandum 2

**Postulat Nr. 2024.01 von Urs Hinnen und Roland Müller vom 16. Januar 2024 mit dem
Titel: «Schädliche Lichtverschmutzung eindämmen».
(schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 19. März 2024 liegt vor)**

Zuständige GR: Christian Di Ronco

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Ich frage ER Urs Hinnen/ ER Roland Müller und seine Mitunterzeichner an, ob sie zur schriftlichen Begründung des Postulates Ergänzungen anbringen möchten.

ER Urs Hinnen (Grüne)

Ja, wir Grünen möchten zuerst einmal einen Dank aussprechen dafür, dass der Gemeinderat sich dieser Fragestellung in einer umfassenden Weise angenommen hat. Im Vorfeld haben wir uns ja mit GR Christian Di Ronco ausgetauscht. Die ursprüngliche Idee war, eine Interpellation auszuarbeiten. Nachdem er uns dargelegt hatte, was die Gemeinde bereits alles gegen Lichtverschmutzung tut, sagten wir uns: Ok, der Gemeinderat ist diesbezüglich gut gerüstet, also fällt es ihm leicht, daraus ein sauberes Lichtkonzept zu erstellen, das alle wichtigen Aspekte zusammenfasst. Das wird der Gemeinde gut anstehen – quasi eine Pionierin in einer solchen Angelegenheit zu sein. Weil es bereits so gut aussieht machen wir doch ein Postulat daraus!

Nun, der Gemeinderat hat leider nicht ‚angebissen‘, obwohl der Braten eigentlich schon fast angerichtet ist. Immerhin darf festgestellt werden, dass die Thematik innerhalb des Baugesetzes sowie in einem Entwurf der Bauordnung aktuell einen festen Platz einnimmt, wenn auch in minimalistischer Weise. Auch kommt zum Ausdruck, dass der Gemeinderat für das Anliegen einigermaßen sensibilisiert ist.

Insbesondere ist es erfreulich festzustellen, dass es in der Gemeinde (z.B. im Neuberg-Quartier) vorwärts geht bezüglich einer in Bezug auf die Lichtverschmutzung optimierten Beleuchtung von Quartierstrassen. Es tut gut, abends nach 10 h zwischen zwei Kandelabern eine Weile stehen zu bleiben, bis die Beleuchtung automatisch ausschaltet und dann in den Himmel zu schauen (insbesondere am Waldrand) und ungestört die Tiefe der Nacht zu erleben.

Grundsätzlich stellen wir fest, dass die Gemeinde zwar über alle Informationen in Bezug auf die Lichtemissionen verfügt, diese aber stark verzerrt sind, und daher nicht richtig greifbar und umsetzbar sind. Es wäre ein Leichtes, diese zu bündeln, um so über eine gemeindeeigene, behördenverbindliche Wegleitung bzw. Vollzughilfe für die Behandlung von neu zu erstellenden, lichtemittierenden Anlagen im Aussenbereich zu verfügen, wie der Gemeinderat selber schreibt. In dem Sinne empfehlen wir den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten, dem Postulat unbedingt zustimmen – denn bis zur Umsetzung ist es nur noch ein kleiner Schritt! Es wäre wirkliche schade, wenn der Gemeinderat so kurz vor dem Ziel klein begeben würde!

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Das Wort zur Stellungnahme des Gemeinderats hat der zuständige Baureferent Christian di Ronco.

GR Christian di Ronco (Die Mitte)

Wir haben extra die schriftliche Antwort gewählt, da es doch ein komplexes Thema ist. Wir arbeiten heute schon nach dem übergeordneten Gesetz. Dies wird in jeder Baubewilligung, wo es nötig und wichtig ist, und vor allem auch bei Quartierplänen umgesetzt.

Von daher sind wir der Meinung, dass wir die Aufgabe erfüllen. Jetzt dies noch in einem Dossier zusammenzufassen, zusammen mit den Merkblättern, dass sehen wir nicht ein. Wir arbeiten da

EINWOHNERRAT

pragmatisch. Wenn wir die Merkblätter ändern, müssten wir das Konzept wieder anpassen. So haben wir eins zu eins die richtigen Blätter vor Ort. Die neue Beleuchtung, welche sie bereits geniessen können, ist mit 3000 Kelvin ausgeführt, entsprechen also den Ansprüchen der Insekten und Tiere, welche sich dort bewegen. Man sagt ja, dass das richtige Mass zwischen 2200 3300 ist. Die 3000 Kelvin ermöglichen, dass wenn sich Leute darin bewegen, diese zu erkennen sind. Dies wurde in Absprache mit dem EKS beschlossen. Insofern hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat beantragt, das Postulat nicht zu überweisen.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Die Diskussion ist frei.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, geschätzte Medienvertreter, geschätzte Gäste, liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte

Die Fraktion der SVP und EDU hat das unnötige Postulat geprüft und lehnt es einstimmig ab! Die Begründung ist wie folgt: Das Postulat ist unnötig und bringt nur Unsicherheit aber keine Verbesserung. Alle notwendigen Vorschriften sind gegeben und liegen vor. So steht im Antrag, dass die Gemeinde ein Konzept erstellen soll.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es stehen alle Vorgaben zur Verfügung. Es braucht nicht ein neues Konzept. Dass bei der Umsetzung gröbere Fehler vorliegen steht auch bei uns nicht im Zweifel. Auch wir haben Bürger die im Schlafzimmer gestört unnötiges Licht haben. Mit einem zusätzlichen Konzept wird dies aber nicht verbessert. Hier gilt es vielmehr die Umsetzung zu beanstanden und zu korrigieren.

Im Weiteren wird darauf hingewiesen, dass das Personal entsprechend geschult werden soll. Es wurde beim Kanton dafür eine Stelle geschaffen. Man kann sich dort erkundigen wenn die Gemeinde bedarf hat.

Lehnen wir also die unnötige Zwängerei ab und überweisen wir das Postulat nicht.

Sollte dieses jedoch widererwarten dennoch überwiesen werden, stellen wir den Antrag auf Abschreibung. Das Papier ist vorhanden und muss nicht doppelt und dreifach erstellt werden.

ER Dr. Jakob Walter (Parteilos)

Meine Damen und Herren

Ich habe einen kleinen Kontrapunkt:

Was der Gemeinderat uns zum öffentlichen Grund vorlegt, empfinden wir von gut bis vorbildlich. Dass das Licht auch in Baubewilligungen ein Thema ist, gefällt uns. Ein Defizit sehen wir in zwei Bereichen:

- Zum einen: ältere Einrichtungen mit älteren Baubewilligungen
- Und zweitens das, was in keiner Baubewilligung steht:

Ich denke da vor allem an die Lämpchen, die hier grassieren, welche man in jedem Baumarkt und im Internet bekommt, welche man im Garten verteilen kann. Tagsüber sammeln sie etwas Strom und nachts leuchten sie sinnlos vor sich hin, dabei hat dann der Betreiber auch noch den Eindruck, dass dies Umweltfreundlich sei.

Wenn man diese Lampen im Garten verteilt, dann sorgt man relativ zuverlässig dafür, dass die Glühwürmchen ihre Weibchen nicht finden, da diese gegen dieses Licht nicht ankommen.

Man sorgt dafür, dass Fledermäuse gestresst sind, da sie dem Licht möglichst aus dem Weg gehen, um nicht gefressen zu werden und schaut, dass Nachtfalter und andere Insekten ihre Energie sinnlos verpulvern.



EINWOHNERRAT

Wie man diese beiden Defizite beheben könnte, wissen wir nicht und genauso wenig, wie wir das Problem mit dem Licht im Schlafzimmer lösen können – denn wir möchten eigentlich keine Lichtpolizei. Vielleicht hat der Gemeinderat hier noch eine gute Idee.

Zum Schluss noch etwas formales: wenn man ein Postulat, oder überhaupt einen Vorstoss nicht überweist, dann bedeutet dies ja eigentlich man empfindet dieses Anliegen als nicht gerechtfertigt oder wichtig. Diesen Eindruck möchten wir eigentlich nicht erwecken. Die Lichtverschmutzung ist ein Problem, welches wir ernst nehmen müssen. Wir wären daher dafür, dass das Postulat überwiesen wird, wir haben aber nichts dagegen wenn es anschliessend gerade abgeschrieben wird, da der Gemeinderat Zeichen setzt, dass er dort wo er kann seine Hausaufgaben macht. Danke.

ER Peter Fischli (FDP)

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzter Gemeinderat, liebe Versammlung und Gäste

Die Fraktion der Freisinnig-Demokratischen Partei ist der Meinung, dass dem zu behandelnden Postulat und dessen Zweck heute schon entsprochen und in vernünftigem Masse nachgelebt wird. Wie dies der Gemeinderat in seiner umfangreich dokumentierten Beantwortung sachlich und fachlich belegen kann. Darüberhinausgehende Massnahmen scheinen uns unverhältnismässig und unangebracht, wir sind dafür dieses Geschäft abzuschreiben.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende

Die Lichtverschmutzung ist in der heutigen Siedlung ein Problem. Die GLP-Die-Mitte-Fraktion steht voll und ganz dafür, dass die die Lichtemissionen im Sinne des übergeordneten Gesetzes im Sinne der Vorsorge so weit begrenzt werden, als dies technisch und betrieblich möglich und wirtschaftlich tragbar ist, mindestens aber so, dass sie für Mensch und Umwelt weder schädlich noch lästig werden.

Die Ausführungen des Gemeinderats sind aus unserer Sicht nachvollziehbar und korrekt. Das Thema wird in der Revision der Bauordnung behandelt und es bestehen bereits diverse Merkblätter. Formell wie informell wird das Thema also bereits behandelt und die Überweisung als Überprüfung im Sinne eines Postulats macht daher aus unserer Sicht wenig Sinn.

Wir haben ausserdem festgestellt, dass die inhaltlichen Punkte auch gewisse Erinnerungen an eine kantonale Initiative wecken. Viele der Punkte sind 1:1 aus der kantonalen Lichtverschmutzungsinitiative abgeleitet, quasi recycelt, über welche die Stimmberechtigten des Kantons 2021 abstimmten. Das geht für uns alles irgendwie nicht wirklich auf. Wenn der Ansatz wäre, die gleichen Punkte auf Gemeindeebene zu bringen, müssten sie den Weg in das Gesetz finden, wenn sie wirklich griffig eine Wirkung entfachen sollten. Dazu wäre die Revision der Bauordnung der richtige Weg, da hat mindestens einer der Postulanten ja Einfluss resp. schon Einfluss genommen. Auf der anderen Seite die gleichen Punkte in ein weiteres Konzept zu packen, wir bezweifeln, dass dies die gewünschte Wirkung entfacht.

Die Einhaltung der Baugesetzgebung im Allgemeinen stärker zu überprüfen, dafür sind wir generell offen. Im Rahmen der Gesamtrevision der Nutzungsplanung habe ich mich persönlich bereits dazu geäussert, dass eine Erhöhung der Stichkontrollen aus meiner Sicht verhältnismässig wären.

Unter dem Strich deshalb unser Fazit: Wie der Postulant selbst ausführt, die Gemeinde ist nicht zuletzt aufgrund des relativ hohen politischen Echos des Themas der vergangenen Jahre gut gerüstet. Wir bezweifeln, dass das Postulat die gewünschte Wirkung entfacht. Wir lehnen es deshalb ab.



EINWOHNERRAT

GR Christian di Ronco (die Mitte)

Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Danke für die positive Würdigung der Antwort des Gemeinderates.

Zur SVP: das Licht im Zimmer, das ist lästig das stimmt. Aber wenn man unsere Beleuchtung anschaut, sehen wir, dass unsere Beleuchtung bereits etliche Jahre auf den Buckel hat. Wir sind dabei diese umzurüsten und anschliessend sollte mit dem modernen LED, das Licht im Zimmer wegfallen. Wir sind hier also auf einen guten Weg.

Zu Jakob Walter:

Es ist nicht nur der öffentliche Grund, wir machen zumindest im Baubewilligungsverfahren, Fortschritte und nehmen das Ganze ab, sobald der Bau fertig ist. Um das, was anschliessend passiert, wenn jeder einzelne vor sich her werkelt, zu überprüfen, bräuchte es tatsächlich eine Lichtpolizei. Momentan ist es so, dass hier oft die Reklamationen vom Nachbar kommen, also eine stellvertretende Lichtpolizei. Wenn man unterwegs ist und jemanden etwas auffällt, dann bitte melden. Diese Meldungen werden dann dementsprechend behandelt.

Für den Gemeinderat war der Grund, das Postulat nicht zu überweisen, nie, dass der Gemeinderat das Thema nicht als wichtig empfindet, sondern weil die nötigen Unterlagen bereits vorhanden sind und nach denen arbeitet. Wir können aber auch gut damit leben das Postulat zu überweisen und anschliessend abzuschreiben.

ER Roland Müller (Grüne)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Gebt der Nacht mehr Raum. Es geht nicht nur um Insekten sondern es geht auch um uns Menschen. Die Lichtverschmutzung führt auch zu weniger Schlaf, und nicht nur weil das Licht ins Schlafzimmer scheint sondern weil allgemein mehr Lumen da sind und der Körper dies erfährt. Es ist erfreulich, dass die Farbtemperatur gesenkt wurde. Wenn diese höher ist meint der Körper, dass die Sonne scheint und so verhält er sich. Wir kennen das auch von den Handys.

Was Christian di Ronco nicht erwähnt hat, sind die Lumen. Wir kennen dies vom Eisensteg: hier mussten Lampen wieder weggenommen werden, da zu viele Lumen ausgesendet wurden und dies ist für die Insekten nicht gut. Es geht also nicht nur um Farbtemperatur sondern auch um Lumen. In Bezug auf die Lichtpolizei: an der Neubergstrasse, scheint eine Lampe permanent nach oben und nach unten, dies macht einfach keinen Sinn. Es schaut schön aus, ist aber für die Ökologie und den Menschen nicht gut da der Himmel nicht beleuchtet werden muss. Daher ist es wichtig, dass es hier ein Lichtkonzept gibt, damit es genau solche Sachen nicht mehr gibt.

GR Christian di Ronco (die Mitte)

Zur neuen Beleuchtung: bei diesen haben wir Bewegungsmelder.

ER Roland Müller (Grüne)

Ich rede von einem Haus.

GR Christian di Ronco (die Mitte)

Das ist klar. Vorhin hattest du ja gesagt, es ist nicht nur für die Tiere, sondern auch für die Menschen schädlich, und dank den Bewegungsmelder leuchtet es nur dort, wo es auch notwendig ist, wo sich Leute oder Menschen bewegen. Hier machen wir schon einen ersten Schritt. Ist die Lampe an dem Haus, am Haus befestigt? (ER Roland Müller bejaht)

Das habe ich so aufgenommen damit wir das Anschauen.

Einwohnerratsvizepräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Anwesende



EINWOHNERRAT

Ich würde gerne etwas zu diesen Bewegungsmeldern sagen: wir haben so eine Quartierlampe mit Bewegungsmelder. Die alte Beleuchtung wurde früher um 22.00 ausgeschaltet und es blieb Finster bis nächsten Morgen um 6.00 Uhr; wunderbar.

Wir hatten die alte Lampe sogar abgeklebt, weil diese zu uns ins Schlafzimmer geleuchtet hatte. Jetzt hat es einen Busch um die Leuchte und bei starkem Wind (fast immer) leuchtet die Lampe durch den Bewegungsmelder von 22.00-6.00 sehr viel. Das sollte man auch anschauen. Ich habe das Gefühl, dass bei Quartierlampen ab 22.00 Uhr nicht durch Bewegungsmelder das Licht einschalten müssten. Wir sind früher auch immer im Finsternen nach Hause. Sie brennt jetzt mehr als früher.

ER Fabian Bolli (GLP)

Ich habe noch eine kleine Ergänzung zum Thema direkt abschreiben: Ich kann im Wesentlichen das gleiche nochmals sagen, was ich an einer der letzten Sitzungen, so glaube ich, gesagt habe.

Aber ich warne einfach davor, und ich finde diese Praxis einfach nicht gut, Postulate zu überweisen und dann direkt abzuschreiben. Denn a) muss innerhalb eines Jahres ein Bericht und Antrag vorliegen, dass liegt zwar nun in einer Weise vor, aber er ist nicht so präzise, dass er auf die Forderungen des Postulats eingeht. Wenn wir diese Präzision nicht wahren können, dann können wir Anträge so generisch formulieren, dass wir sagen: Macht etwas gegen die Lichtverschmutzung. Damit kommen wir nicht weiter.

Ich finde dies nicht gut, und bitte sie alle dies nicht so zu praktizieren.

GR Christian di Ronco (Die Mitte)

Zu Isabella Zellweger: wir haben nun ja die erste Zone umgerüstet und sind froh um solche Hinweise. Bitte direkt melden, damit man das Anschauen kann und entsprechend dann über den Computer steuert.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Wir stimmen ab.

Wer das Postulat an den Gemeinderat überweisen will, hebe bitte die Hand.

Wer das Postulat nicht überweisen will, hebe bitte die Hand.

Enthaltungen

Sie haben das Postulat mit 9 zu 8 Stimmen und 1 Enthaltungen nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

EINWOHNERRAT

Traktandum 3

Motion Nr. 2024.1 von Ernst Schläpfer vom 5. März 2024 betreffend Stärkung der Volksrechte

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP):

Ich erteile ER Ernst Schläpfer das Wort zur Begründung seiner Motion.

ER Dr. Ernst Schläpfer

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne übernehme ich die Begründung der Motion, obwohl Roland und ich schon etwas erstaunt waren, dass der Herr Einwohnerpräsident bei der Einladung im Gegensatz zum vorhergehenden Traktandum oder z.B. dem Postulat 2023.06 von Sara Jucker und Arnold Isliker den zweiten Motionär einfach totgeschwiegen hat. Es wird ja aber alles seine Gründe haben. Anyway.

Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, in der Schweiz herrscht ein Klima einer gewissen Politikverdrossenheit. Immer weniger Stimmbürger stellen sich für die Exekutive oder eine Legislative zur Verfügung. Mann und Frau hat zwar immer weniger Interesse an diesen für einen Staat oder eine Gemeinde wichtigen Aufgaben, aber dafür wird schweizweit immer mehr zu Mitteln der Volksrechte wie Volksinitiativen oder fakultative Referenden gegriffen. Immer dort, wo einige Stimmberechtigte mit den Vorgehensweisen und Beschlüssen von Exekutiven und Legislativen nicht einverstanden sind, wird eine Volksinitiative gestartet oder eben das fakultative Referendum ergriffen. Das Ziel solcher Aktionen ist klar, über das Anliegen soll das ganze Volk bestimmen und nicht nur den wenigen, die in einer Exekutive oder der dazugehörigen Legislative sitzen.

Als Mitglied einer Legislative mögen Sie diese Tatsache bedauern, aber sie können sie nicht verneinen, wir stimmen jährlich immer mehr über Volksinitiativen oder fakultative Referenden ab, bei der nächsten Abstimmung im Juni sind es vier Initiativen und 1 Referendum. Schaut man dann noch genauer hin, werden sie auch feststellen, dass nicht nur die reine Zahl von solchen Volksabstimmungen sondern auch die Anzahl erfolgreicher Referenden und Initiativen schweizweit zugenommen hat, was natürlich die Stimmberechtigten noch mehr dazu animiert, auf diese Volksrechte zurückzugreifen. Die Volksrechte werden also immer mehr zum politischen Mittel von vielen, die sich ansonsten leider zu wenig um Politik kümmern.

Um eine Abstimmung über eine Volksinitiative zu verlangen, braucht es in der Schweiz eine Unterschrift von rund 1.6%, im Kanton Schaffhausen rund 1.9% und in der Gemeinde Neuhausen rund 6.6% aller Stimmberechtigten.

Um ein fakultatives Referendum zu verlangen, braucht es in der Schweiz eine Unterschrift von rund 0.8%, im Kanton Schaffhausen rund 1.9% und in der Gemeinde Neuhausen rund 3.8%.

Es ist nachvollziehbar, dass das Quorum von der Schweiz über den Kanton zu einer Gemeinde immer grösser wird. Umso kleiner der Raum, desto kleiner die Anstrengung, um Stimmberechtigte zu erreichen.

Trotzdem vergleichen wir die % der Stimmberechtigten, die in unserer Gemeinde eine Volksinitiative bzw. ein fakultatives Referendum zur Abstimmung bringen können, mit jener in vier anderen grösseren Gemeinden des Kantons, wird schnell einmal klar, dass in Neuhausen ein weit



EINWOHNERRAT

grösserer Prozentsatz als im Durchschnitt der anderen Gemeinden nötig ist, damit die Volksrechte wahrgenommen werden können.

Für das Zustandekommen eines Referendums spielt noch ein weiterer Faktor eine entscheidende Rolle, nämlich die Referendumsfrist. Diese beträgt in der Schweiz 100, im Kanton 90 und in Neuhausen 20 Tage. In drei der anderen vier erwähnten Kommunen beträgt sie aber 30 Tage.

In Neuhausen braucht es für ein Referendum also nicht nur eine prozentual hohe Anzahl von Unterschriften, sondern diese hohe Zahl muss auch noch in sehr kurzer Zeit gefunden werden. Für die reine Sammlung bleiben gerade mal zwei Wochenende, um das Quorum zu erreichen!

Die Motion verlangt, dass die Wahrnehmung der Volksrechte in der Gemeinde Neuhausen erleichtert wird, einerseits durch Verringerung des Quorums auf eine Höhe, welche sich zumindest an jene der vier erwähnten Gemeinden angleicht und eine Verlängerung der Referendumsfrist auf 30 Tage.

Der Gemeinderat ist aufgefordert dem EWR einen entsprechenden Vorschlag für die Anpassung der Verfassung zu unterbreiten. Gemäss Artikel 25, Absatz c der Gemeindeverfassung ist der EWR zuständig für die Änderung der Verfassung. Der EWR kann dann also bei der Behandlung des Berichtes und Antrages so oder so noch die ihm richtig erscheinenden Zahlen einsetzen. Anschliessend folgt ja auch noch eine Volksabstimmung, man nennt das übrigens obligatorisches Referendum.

Da die Verfassung eines Berichtes in diesem Falle eigentlich eine sehr einfache Sache ist, erwarte ich schon, dass diese Motion zeitnah erfüllt wird.

Da ja alle meine Fraktionskollegen die Motion ebenfalls unterschrieben haben, erübrigt sich im Anschluss eine spezielle Fraktionserklärung, die SP Fraktion wird geschlossen für Überweisung der Motion stimmen.

Herzlichen Dank, wenn sie liebe Kolleginnen und Kollegen diese Motion ebenfalls überweisen.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Besten Dank. An dieser Stelle Entschuldigung, dass Roland Müller auf der Einladung vergessen gegangen wurde. Dies war keine Absicht.

Das Wort zur Stellungnahme des Gemeinderats hat Gemeindepräsident Felix Tenger.

Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Direkt Demokratie ist wichtig. Ich bin überzeugt das ist ein Pfeiler unseres Wohlstandes. Sie ermöglicht der Bevölkerung sich direkt zu involvieren und näher am Geschehen zu sein und daran teilzunehmen. Das ist ein hoher Wert den wir hier in der Schweiz haben, und es geht darum diesen auch zu wahren. Was aber auch gesagt wurde: es gibt immer mehr Abstimmungen und dies führt zu einer gewissen Müdigkeit. Bald gibt es alle 3 Monate Abstimmungen, bei denen man studieren muss, um dann am richtigen Ort das Kreuzchen zu machen. Warum gibt es immer mehr Abstimmungen: weil das Sammeln dank der elektronischen Medien einfacher geworden ist. Aus diesem Grund wurde auch auf Bundesebene diskutiert, ob man das Quorum erhöhen sollte. Aber wir diskutieren hier über die Quoren in Neuhausen. Wie die Motionäre richtig feststellen, ist dies eine Verfassungssache. Die Verfassung wurde das letzte Mal im 2003 revidiert. Interessanterweise waren dort auch schon gewisse Einwohnerräte, welche heute hier

EINWOHNERRAT

sind, anwesend. Auch dort hatte man über die entsprechend Quoren diskutiert und diese angepasst.

In diesen 20 Jahren seit 2003 hat es einige Referenden gegeben, einige habe ich auch selbst miterlebt. Ob diese Quoren nun zu hoch oder zu tief sind, darüber kann man sicher diskutieren. Das ist überhaupt kein Thema, wir können dies sicherlich analysieren und anschauen, auch mit den entsprechenden Nachbargemeinden.

Wenn also die Mehrheit der Einwohnerräte der Meinung ist, dass wir das näher anschauen sollten und einen Vorschlag bringen sollten, dann werden wir das selbstverständlich machen. Danke vielmals.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Die Diskussion ist frei.

ER Arnold Isliker (SVP)

Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen Einwohnerräte sowie Gemeinderätin und Gemeinderäte,

ich kann es kurz machen, sowohl die Argumentation von Ernst Schläpfer ist überzeugend als auch die Antwort von Gemeindepräsident Felix Tenger ist aus meiner Sicht stichhaltig. Wenn ich das Quorum anschau und mit der Einwohnerzahl von Neuhausen vergleiche, und dabei den Ausländeranteil berücksichtige, welcher nicht stimmberechtigt ist, bin ich über die Zahlen welche resultieren überrascht. Stimmen wir also der Motion zu und lassen wir den Gemeinderat arbeiten um uns eine Vorlage zu unterbreiten, welche wir dann prüfen können und der wir allenfalls zustimmen können oder welche wir auch ablehnen können. Besten Dank.

ER Roland Müller (Grüne)

Liebe Anwesende

Wir Grünen unterstützen die Motion Stärkung der Volksrechte sehr.

Die Stärkung der Volksrechte ist, das ist wohl unbestritten, definitiv ein Gewinn für die Demokratie und für die Bevölkerung. Wenn die Bürgerinnen und Bürger mehr direkte Mitspracherechte haben, können sie sich aktiv an politischen Entscheidungen beteiligen und so die Transparenz und Verantwortlichkeit fördern und fordern. Dies kann zu einer stärkeren Beteiligung der Bevölkerung am demokratischen Prozess führen und die Legitimität politischer Entscheidungen erhöhen. Leider sind in Neuhausen die Hürden, d.h. das Quorum für Volksinitiativen, fakultative Referenden und Volksmotionen im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton Schaffhausen deutlich höher. Die Frist für das fakultative Referendum ist trotz höherem Quorum mit 20 Tagen sehr kurz. In dieser kurzen Zeit, insbesondere wenn noch Feiertage dazwischen liegen, ist es praktisch unmöglich die nötigen Unterschriften zu sammeln und beglaubigen zu lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte stimmen Sie der Überweisung zum Wohle der Gemeinde und der direkten Demokratie zu.

ER Marco Torsello (FDP)

Geschätzter Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ich mach es noch kürzer als Noldi vorhin angekündigt: die FDP-Fraktion unterstützt dieses grundliberale Anliegen der Motion.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende

EINWOHNERRAT

Gegen die Ausweitung von Volksrechten kann niemand sein. Ein Satz für die Presse. Die GLP-Die-Mitte-Fraktion stellt sich zwar hinter diesen Grundsatz, auch wenn es dazu gewisse Vorbehalte gibt.

Die schriftliche Begründung der Motion zeigt auf, dass die Quoren in Neuhausen tatsächlich vergleichsweise hoch sind. Insofern spricht aus Sicht der GLP-Die-Mitte Fraktion wenig bis nichts dagegen, diese zu senken und an ein kantonsübliches Niveau anzupassen. Das Anliegen der Referendumsfrist unterstützen wir ebenfalls.

Ein Vorbehalt unsererseits ist allerdings die Beschränkung des Quorums gegen unten. Nicht in jedem Fall ist eine Senkung sinnvoll. Ad absurdum getrieben könnte man ja dann sonst behaupten ein Quorum von 10 Personen wäre sehr gut. Aber nein, selbstverständlich nicht, dann wäre es ein Einzelbegehren und kein Volksbegehren mehr. Die Quoren stellen sicher, dass es sich um ein Volksbegehren geht. In welcher Höhe dies nun angesetzt werden soll, würde in einer nächsten Phase entschieden werden.

Ein weiterer Vorbehalt gilt den von den Motionären aufgeführten Zahlen. Hätte Neuhausen einen Ausländeranteil im kantonalen Durchschnitt von rund 25% anstatt den tatsächlichen rund 45%, so gäbe es in Neuhausen nicht wie aufgeführt 5269 Stimmberechtigte, sondern deutlich mehr. Damit lässt sich mit einigen Berechnungen und Annahmen der Hauptteil der Abweichung der Quoren erklären, z.B. bei der Volksinitiative käme man anstatt von 6.6% auf nur noch rund 5% bei einem Vergleichswert im Kanton von 3.6%. Vorbehalt: Die Zahlen sind mit gewisser Vorsicht zu betrachten. Die politische Implikation der Erkenntnis können dann allerdings sehr unterschiedlich ausfallen und wir gehen an dieser Stelle bewusst nicht weiter darauf ein.

Ein letzter Vorbehalt bei verringerten Quoren gilt der Rechtspflege: Mehr Volksbegehren heisst mehr Partizipation. Das ist gut. Nebenbemerkung: Übrigens auch über andere Mittel erreichbar, z.B. E-Collecting also dem elektronischen Sammeln von Unterschriften für Volksbegehren. Auf der anderen Seite heisst mehr Volksbegehren ein unstrukturierteres Rechtsbuch.

Ein weiterer Punkt, der bei uns in der Fraktion dazu besprochen wurde, ist ein Vorschlag, die Quoren so auszugestalten, dass sie sich durch einen Anteil der Stimmberechtigten definiert wird. Zum Beispiel, dass man für eine Volksmotion der Anzahl Unterschriften benötigt, die 4% aller Stimmberechtigten oder mehr entspricht. Die Vorteile dieser Variante liegen auf der Hand: Das politische Machtverhältnis wäre dann zu jederzeit das Gleiche, sprich die Lösung wäre fair und beständig. Der Nachteil davon wäre, dass es insgesamt etwas umständlicher wäre.

Fazit aus unserer Sicht: Die GLP-Die-Mitte-Fraktion gibt grünes Licht. Wir stimmen dem Anliegen zu.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer die Motion erheblich erklären will, hebe bitte die Hand.

Wer die Motion nicht erheblich erklären will, hebe bitte die Hand.

Sie haben die Motion mit 17 zu 1 Stimmen erheblich erklärt.

Das Geschäft ist erledigt.

EINWOHNERRAT

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Ich übergebe für das Traktandum 4 das Präsidium an Vizepräsidentin Isabella Zellweger ab.

Traktandum 4

Bericht und Antrag Teilrevision der Geschäftsordnung und Besoldungsreglement für den Einwohnerrat der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall

Einwohnerratsvizepräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Wir kommen zum Traktandum 4: "Bericht und Antrag Teilrevision der Geschäftsordnung und Besoldungsreglement für den Einwohnerrat der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall".

Zuständiges Mitglied des ER-Büros ist Einwohnerratspräsident Randy Ruh.

Gerne erläutere ich Ihnen das vom Ratsbüro vorgeschlagene Vorgehen für dieses Traktandum. Das Einwohnerratsbüro schlägt Ihnen vor, dass wir heute eine Art erste Lesung dieses Geschäfts durchführen. Somit würden wir, wie gewöhnlich, mit den Eintretensvoten beginnen und anschliessend in die Detailberatung des Bericht und Antrags sowie der Beilagen «Entwurf der Geschäftsordnung für den Einwohnerrat der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall» und das «Besoldungsreglement für den Einwohnerrat der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall» gehen. Während der Detailberatung können Fragen und Anträge gestellt werden. Nach der Detailberatung werden wir keine Schlussabstimmung vornehmen, so dass das Geschäft mit den erfolgreichen Anträge zurück an das Einwohnerratsbüro gehen kann. Das Einwohnerratsbüro wird dann die entsprechenden Anträge in den «Entwurf der Geschäftsordnung für den Einwohnerrat der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall» einarbeiten und ihnen das Geschäft zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu einer Art 2. Lesung zurück in den Rat bringen.

Gibt es Wortmeldungen zum vorgeschlagenen Vorgehen?

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst dem zuständigen Mitglied des Einwohnerratsbüros Randy Ruh.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Besten Dank.

Geschätzte Damen und Herren, Geschätzte Anwesende

Im Frühjahr 2023 sind verschiedene Fragen zur Organisation des Einwohnerratsbüros aufkommen.

Im Rahmen dessen, musste festgestellt werden, dass unsere Geschäftsordnung das Einwohnerratsbüro nur sehr knapp und dürftig definiert.

Vor allem waren Verantwortungen sowie Aufgaben unklar und unvollständig beschrieben.

Dies vor allem auch deshalb, da das Einwohnerratsbüro in den letzten Jahren seine Arbeitsweise verändert sowie professionalisiert hat und sehr viel selbständiger geworden ist.

Der damalige Einwohnerratspräsident Urs Schüpbach plante aus diesem Grund mit dem Einwohnerratsbüro einen Bericht in den Einwohnerrat zu bringen, mit dem Antrag, eine Teilrevision der Geschäftsordnung für den Einwohnerrat der Gemeinde Neuhausen durchzuführen.

Dabei sollten die Verantwortungen und Aufgaben des Einwohnerratsbüros klar definiert werden.



EINWOHNERRAT

Nach Rücksprache mit den Fraktionen wurde schnell klar, dass neben den geplanten Änderungen bezüglich dem Einwohnerratsbüros noch viele weitere Anpassungswünsche innerhalb des Rates vorhanden waren.

Es wurde somit im Einwohnerratsbüro entschieden, dem Einwohnerrat den «Bericht und Antrag des Einwohnerratsbüros betreffend Teilrevision der Geschäftsordnung», datiert mit dem 09. März 2023, vorzulegen.

An der Einwohnerratssitzung vom 13. April 2023, sprich gut vor einem Jahr, wurde das entsprechende Geschäft hier im Rat behandelt und die folgenden Anträge angenommen:

1. «Einer Teilrevision der Geschäftsordnung für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall (NRB 171.110) wird zugestimmt. Die Teilrevision beinhaltet **unter anderem** die Aufgaben und Kompetenzen des Einwohnerratsbüros.»

sowie Antrag

2. «Die Bearbeitung der Teilrevision der Geschäftsordnung für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall (NRB 171.110), wird den Mitgliedern des **Einwohnerratsbüro** in Auftrag gegeben.».

Die jeweiligen Abstimmungen wurden einstimmig mit 18 Stimmen angenommen.

Mit der Annahme beider Anträge wurde die Aufgabe, der Überarbeitung der Geschäftsordnung, an das Einwohnerratsbüro übergeben.

Im Laufe der Behandlung dieses Geschäftes an der damaligen Einwohnerratssitzung wurde auf Nachfrage von Alt-Einwohnerrätin Sabina Tektas-Sorg darüber informiert, dass alle Fraktionen bis zur damals nächsten Einwohnerratssitzung vom 11. Mai 2023 Änderungsvorschläge und Wünsche bei der Aktuarin Barbara Zanetti einreichen können.

Nach dem Ablauf der Eingabefrist hat das Einwohnerratsbüro mit seiner Sitzung vom 29. Juni 2023 mit der Bearbeitung der Teilrevision der Geschäftsordnung für den Einwohnerrat der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall begonnen.

In etlichen Sitzungen wurde Artikel für Artikel der Geschäftsordnung diskutiert und behandelt.

Im Rahmen der Ausarbeitung des Geschäfts wurden nicht nur inhaltliche Themen, sondern auch prozessuale Themen besprochen und abgeklärt.

Mitunter auch, ob eine geänderte Geschäftsordnung vom Kanton oder anderen Stellen genehmigt und abgenommen werden muss. Dafür wurde mit der Staatskanzlei Kontakt aufgenommen. Von Seiten des Regierungsrates ist keinerlei Prüfung oder Abnahme nötig.

Auch eine Prüfung kann nicht durch die Staatskanzlei durchgeführt werden.

Zusätzlich hatten wir Kontakt mit dem Amt für Justiz und Gemeinden, welche ebenfalls klar ausgedrückt haben, dass sie keine kommunalen Geschäftsordnungen prüfen oder abnehmen. Somit ist der Einwohnerrat der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall vollumfänglich selbst verantwortlich für seine Geschäftsordnung.

Eine externe Prüfung der Geschäftsordnung wurde ebenfalls in Betracht gezogen, jedoch aus mehreren Gründen in der aktuellen Situation vor der ersten Lesung nicht weiter verfolgt.

Nach Abschluss der Bearbeitung wurde dem Gemeinderat die Möglichkeit gewährt, ein Stellungnahmen abzugeben.

Teile der Anregungen und Anpassungswünsche haben auch im Einwohnerratsbüro eine Mehrheit gefunden und sind in den Ihnen vorliegenden Entwurf eingeflossen.

Nach gut einem Jahr, seit der Überweisung des Geschäfts an das Einwohnerratsbüros, unterbreiten wir Ihnen nun unseren Vorschlag.

Wie bereits von Vizepräsidentin Isabella Zellweger bezüglich Vorgehen kundgetan wurde, werde wir heute eine Art erste Lesung durchführen.

Somit werden Sie alle die Möglichkeit haben Fragen und Anträge in der Detailberatung zu stellen.

EINWOHNERRAT

Dadurch erhält das Einwohnerratsbüro klare Aufträge und kann anschliessend an der Teilrevision weiterarbeiten.

Heute ist somit keine Schlussabstimmung vorgesehen. Nach der Detailberatung wird das Geschäft wieder zurück ins Einwohnerratsbüro gehen.

Zum Inhalt:

Im Ihnen vorliegenden Entwurf der Geschäftsordnung, befinden sich diverse Änderungsvorschläge.

Neben vielen diversen kleinen Formulierungs- und Rechtsschreibanpassungen schlagen wir auch inhaltliche Änderungen vor.

So zum Beispiel die Einführung eines Besoldungsreglements.

Dadurch wird zum einen die Geschäftsordnung entschlackt und von sehr spezifischen Beträgen befreit sowie eine Konsolidierung durchgeführt.

Heute werden unter anderem die Pauschalen der GPK im Personalreglement der Gemeinde geführt und nicht in der Geschäftsordnung des Einwohnerrates.

Im neuen Besoldungsreglement wurde keine Erhöhung der Pauschalen durchgeführt.

Diese wurden lediglich auf den aktuellen Stand der Teuerung angepasst, so wie dies von der Zentralverwaltung jedes Jahr vor der Auszahlung durchgeführt wird.

Beim Sitzungsgeld wurde ebenfalls eine Anpassung an die Teuerung vorgenommen und eine leichte Erhöhung befürwortet.

Auch schlägt Ihnen das Einwohnerratsbüro vor, die bereits gelebten Fraktionen in der Geschäftsordnung niederzuschreiben und zu spezifizieren.

Konkret wird vorgeschlagen, dass es mindestens zwei Mitglieder des Parlaments für den Zusammenschluss als Fraktion benötigt.

Nach den heissen Diskussionen an der ersten Einwohnerratssitzung dieses Jahres bezüglich dem Wortbegehren von Dritten, hat das Einwohnerratsbüro ebenfalls eine Formulierung und Spezifizierung ausgearbeitet, wie Dritte zukünftig in unserem Rat zu Wort kommen könnten.

Weitere umfangreichere Anpassungen werden im Bereich der Kommissionen vorgeschlagen.

So wird eine Stellvertretungslösung für Kommissionen empfohlen, wie aber auch die klare Formulierung, dass Kommissionssitzungen und die Unterlagen sowie Protokolle vor der abschliessenden Behandlung im Einwohnerrat nicht öffentlich sind.

Der letzte Punkt ist bereits gelebt, heute so gehandhabt und ebenfalls nicht neu, wie in den Medien berichtet.

Die Empfehlung des Einwohnerratsbüros ist hier aber trotzdem eine klare Regelung zu erstellen. In den vorgeschlagenen Artikeln 35 bis 37 sollen zukünftig die Aufgaben und Kompetenzen des Einwohnerratsbüros geregelt sein.

Auch diese Aufgaben werden bereits heute zum grössten Teil durch das Büro durchgeführt und verantwortet.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei allen Mitgliedern des Einwohnerratsbüros für die gute Zusammenarbeit und die meist konstruktiven Diskussionen bedanken.

Zudem möchte ich einen grossen Dank an Barbara Zanetti, unsere Aktuarin, für den grossen Einsatz - fast schon Tag und Nacht - aussprechen.

Sehr geehrte Damen und Herren, mir ist bewusst, dass es im Vorfeld zur Behandlung dieses Geschäfts viele Stimmen und Meinungen gegeben hat.

Mitunter wohl, da die Kommunikation des Büros, dass heute eine Art erste Lesung durchgeführt werden soll, nicht klar genug war.

Ich freue mich nun aber trotzdem auf die Eintretensvoten und bin gespannt auf die Haltungen, Fragen und Anträge aus dem Rat.

ER Arnold Isliker (SVP)

Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen



EINWOHNERRAT

Der Einwohnerrat hat zwar einer Teilrevision zugestimmt in der Annahme (unsererseits), dass eine schlanke Version ausgearbeitet und vorgelegt wird. Wo alle nach weniger Regulierungen lechzen, liegt nun ein Entwurf vor, welchen wir so nicht zustimmen können, ohne eine Ratsdebatte loszulösen.

Ich schlage aus diesem Grund vor eine 7-Kommission zu bilden um die Geschäftsordnung mit Einbezug eines Juristen oder einen professionellen Mitarbeiter zu überarbeiten, analog zur Bauordnung, damit wir dem dann unsere Zustimmung erteilen können.

Im Gegensatz zu dem, was du gesagt hast Randy, hat der Regierungsrat doch noch ein Wort zur Zustimmung mitzureden. Dies habe ich so entgegen nehmen müssen.

Ich beantrage daher eine 7-Kommission, die genaue Zusammensetzung erlasse ich den Fraktionen. Dass, falls es eine 2er Besetzung hat, jemand aus dem Büro bestimmt wird, wäre an und für sich ratsam, zusätzlich zu einer neutralen Person. Danke.

ER Peter Fischli (FDP)

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste und Gemeinderat

Die Fraktion der Freisinnig-Demokratischen Partei begrüsst die anstehende Überarbeitung der Geschäftsordnung und tritt dementsprechend auf das Geschäft ein. Die Art und Weise der vorgesehenen Behandlung "Erste Behandlung im Einwohnerrat gleich erster Lesung" ist unseres Erachtens zweckmässig.

Die Mitglieder der Fraktion der Freisinnig-Demokratischen Partei werden zum einen oder anderen der vorgeschlagenen, aber auch der nicht vorgeschlagenen, Änderungspunkte Anträge stellen und das Wort ergreifen.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Liebes EWR Büro, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte weitere Anwesende

An der EWR – Sitzung vom 13. April 2023 wurde das EWR – Büro einstimmig damit beauftragt, eine Teilrevision der GO vorzuschlagen. Das damalige Hauptanliegen des Büros war, dass die Aufgaben des Büros besser geregelt würden. Nebenanliegen war zudem, dass man ja gerade noch ein paar andere Kleinigkeiten diskutieren könnte, wenn eh eine Teilrevision in Angriff genommen werden soll.

Die SP – Fraktion hat den vorliegenden Bericht und Antrag ausführlich diskutiert, und zwar so ausführlich, dass wir unsere Fraktionssitzung aus Zeitgründen abbrechen mussten, bevor wir sämtliche Vorschläge diskutieren konnten. Wir danken dem Büro für die grosse Arbeit und für den Vorschlag, sind aber, wie das Büro nachträglich noch nachgeliefert hat, ebenfalls der Meinung, dass das Geschäft auf jeden Fall noch nicht abstimmungsreif ist und deshalb so oder so noch einmal in einer Kommission überarbeitet werden muss. Wir bedauern es auch, dass das Büro seine Anträge zwar offensichtlich dem GR zur Vernehmlassung unterbreitet hat, obwohl dieser ja eigentlich in diesen Prozess nicht eingreifen müsste, es aber gleichzeitig verpasst hat, seine Vorstellungen bei den Fraktionen in Vernehmlassung zu geben.

Mit dem vom Büro vorgeschlagenen Vorgehen würden wir heute in eine riesige Diskussion gezwungen, für die die Dauer dieser Sitzung mit Garantie nicht ausreicht. Zudem stellt sich auch noch die Frage, ob an diesen Diskussionen nun wirklich der ganze EWR mitwirken muss und zudem der GR und die Öffentlichkeit noch ungefragt zuhören müssen.

Wenn wir die Arbeit des Büros würdigen wollen, dann sehen wir, dass sie es gewagt hat, eine grosse Anzahl von Anliegen zu diskutieren. Wir gehen auch davon aus, dass wenn der EWR

EINWOHNERRAT

bei seinem Auftrag geahnt hat, was alles da behandelt werden will, er dies wohl von Anfang einer ordentlichen EWR – Kommission zugewiesen hätte, in welche jede Fraktion ihre erfahrenen Spezialisten hätte delegieren können, statt ans Büro, dessen Zusammensetzung doch eher zufällig ist und zudem eben gerade nicht nach Fraktionsstärke.

Auf jeden Fall ist ersichtlich, dass heute eine ziemlich umfassende Revision vorliegt und dies nur vier Jahre, nachdem die GO das letzte Mal revidiert wurde. Diejenigen die damals schon dabei waren, hatten eigentlich das Gefühl, dass die damalige Revision die wichtigsten Lücken gefüllt hat, aber offensichtlich gibt es nach Meinung einiger doch noch beträchtlich viel mehr zu verbessern. Und wenn man dann noch liest, dass auf einige zusätzliche Anträge gar nicht eingegangen wurde, bzw. diese ja noch einmal gestellt werden können, wird ersichtlich, dass dem Büro hier eine Herkulesaufgabe aufgebürdet wurde, dessen Lösung nun zwar vorliegt, aber leider noch keineswegs zufriedenstellt.

Einige der Vorschläge sind durchaus überlegenswert, aber andere doch eher erstaunlich und genau diese Kombination bringt es nun mit sich, dass eben vieles auch noch ausserordentlich diskussionswürdig sein wird.

Wir finden es z B sehr gut, dass gesetzlich verankert wird, dass auch der EWR allfällige Kosten für externe Gutachten sprechen kann. Wir haben ja jetzt gerade in der GPK so ein Bedürfnis für ein Gutachten von aussen. Solche Kosten waren ja bisher immer ein Diskussionspunkt, weil es heute oft der GR ist, der beim Entscheid mitspricht, ob so ein Gutachten eingeholt werden kann. Ein solches Mitsprechen des GR bei Entscheiden des EWR ist aber mit der Gewaltentrennung grundsätzlich nicht vereinbar, vor allem dann, wenn das Gutachten mit der Arbeit des GR in direkter Verbindung steht. Wir können aber sicherlich noch diskutieren, ob und in welcher Höhe diese beim Büro oder doch beim gesamten EWR beantragt werden müssen.

Auch finden wir eine Anpassung der Sitzungsgelder angebracht. Ob diese Lohnerhöhung in der Grössenordnung von satten 50% erfolgen und gleich noch in ein Besoldungsreglement gesteckt werden soll, bedarf aber schon noch einmal einer näheren Besprechung.

Zum ursprünglichen Auftrag, die Aufgaben des Büros näher festzulegen, legt das Büro zwar einen Antrag vor. Die Aufgaben, die sich das Büro nun aber zuweist, wirken etwas gar der vielen, sodass wir schon noch einmal diskutieren müssen, was das Büro wirklich muss und darf. Die primäre Aufgabe des Büros wäre ja eigentlich die Sitzungen gemäss Geschäftsordnung zu führen. Schon das ist in letzter Zeit nicht immer gelungen und nun will das Büro noch viel Zusätzliches erledigen. Ich bin sicher, dass der EWR als Gesamtes nicht alle der vorgeschlagenen Aufgaben wirklich dem Büro übertragen will.

Einige der aufgenommenen Punkte sind auch schlicht Präzisierungen, die auf die eigentliche Ratsarbeit keinen Einfluss haben. Man kann das machen, aber es ändert auch nichts, wenn wir nichts ändern. Als Beispiel nenne ich ihnen hier Art. 10.

Ein paar Änderungsvorschläge sind gut gemeint, aber wohl noch nicht fertig gedacht. Bei diesen Punkten müssen wir diskutieren, ob es nicht bessere Lösungen gäbe. Als Beispiel nenne ich Ihnen Art. 8.

Randy schreibt in einem Mail, dass der Erlass einer GO allein Sache des EWR sei und wir selber bestimmen können, was in dieser steht. Aus dieser Aussage spricht auch seine Jugend, denn das stimmt zwar im Grundsatz natürlich. Und trotzdem gibt es auch hier Ausnahmen. Die Ge-



EINWOHNERRAT

schäftsordnung darf nämlich nicht gegen übergeordnetes Recht verstossen. Zudem muss gewährleistet sein, dass Erwähntes überhaupt irgendwo gesetzlich verankert ist. Wir sind der Meinung, dass ein paar Vorschläge genau diesen juristischen Grundzügen widersprechen, weshalb es aus unserer Sicht sehr sinnvoll gewesen wäre, juristischen Rat anzufordern.

Dann gibt es noch einige Vorschläge, die eigentlich schon im übergeordneten Recht verankert sind, aber hier neu noch einmal präzisiert werden, weil offensichtlich nicht immer klar ist, wie das übergeordnete Recht ausgelegt werden soll. Das kann man natürlich gerne machen, wäre aber eigentlich ebenfalls gar nicht nötig.

Weil es aber doch einige überlegenswerte Ansätze gibt, sind wir trotzdem für Eintreten auf das Geschäft. Sie sehen aber wohl auch, dass es noch einen sehr grossen Diskussionsbedarf gibt, der Stunden dauern wird. Es macht ausserordentlich wenig Sinn, diese Diskussion hier im gesamten EWR und damit an der Öffentlichkeit und allenfalls mit dem GR zu führen. Diese sollen in aller Ruhe und ohne Zeitdruck in einer kleineren Runde geführt werden können.

Die Mehrheit unserer Fraktion ist der Meinung, dass das Geschäft nun nicht mehr ans Büro selber zurückgehen soll, sondern an eine ordentliche EWR – Kommission überwiesen wird. Der Bericht und Antrages des Büros hat aber immerhin bewirkt, dass nun alle Fraktionen und alle EWR einmal die Vorschläge des Büros zu Kenntnis nehmen konnten und deshalb die in den Fraktionen gewalteten Diskussionen in die EWR Kommission einbringen können. Allein schon dafür gilt dem EWR Büro für seine Anstrengungen ein grosser Dank.

Ob sie trotzdem noch heute das eine oder andere Anliegen hier diskutieren wollen oder sich nochmals einige der nicht berücksichtigten Anträge anhören wollen, das überlassen wir dem gesamten EWR. Wir weisen nur darauf hin, dass es bei einem systematischen Vorgehen, Artikel für Artikel, nicht möglich sein wird, heute zu einem Ende zu kommen. Gehen wir dagegen nicht systematisch vor, ist es dann dafür ziemlich zufällig, was wir heute noch besprechen können. Aus unserer Sicht wäre es deshalb zielführender, wenn die Diskussionen nicht hier an der Öffentlichkeit, sondern in der Kommission geführt werden.

Danke für Eure Aufmerksamkeit. Entschuldigung, dass ich für einmal etwas länger geworden bin, aber allein daraus sehen sie, dass der Diskussionsbedarf in einer Detailberatung noch sehr beträchtlich sein wird.

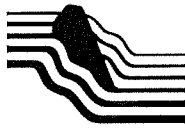
ER Roland Müller (Grüne)

Liebe Anwesende

Die Grünen unterstützen grundsätzlich die Teilrevision der Geschäftsordnung.

Mit der Teilrevision werden Unklarheiten beseitigt und insbesondere die Zuständigkeiten und Kompetenzen der GPK dem Einwohnerrat-Büro und den Einwohnerrat-Mitglieder klarer geregelt. Mit der Möglichkeit für die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, Änderungswünsche einzureichen, wurden aus unserer Sicht die Bedürfnisse und Vorstellungen der Ratsmitglieder im Sinne einer Vor-Vernehmlassung abgeholt. Um mit dieser Teilrevision das Milizparlament zu stärken, was aus unserer Sicht das Hauptziel ist, werden wir in der Detailberatung Anträge stellen, um die Gewaltentrennung konsequent umzusetzen und der GPK mehr und klare Kompetenzen zu geben. Mit der Anpassung der Entschädigung an die Teuerung sind wir einverstanden, auch weil neben der eigentlichen bezahlten Sitzung viele unbezahlte Stunden wie Fraktionssitzungen, Einarbeitung in die Geschäfte etc. geleistet werden.

Wir sind für eintreten.

**EINWOHNERRAT**

Einer Überweisung des Geschäftes an eine Kommission oder Rückweisung an das Büro, werden wir nur zustimmen, wenn ganz klar ist, wie und was in der GO geändert werden soll und muss.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende

Ich hatte mich direkt nach ER Peter Fischli gemeldet weil die Haltung der GLP-Mitte Fraktion Deckungsgleich ist mit der der FDP-Fraktion. Wir sind auch bereit für die Detailberatung und sind auch für Eintreten und würden noch einige Anträge stellen.

Ich möchte noch Ergänzungen zu den bereits gestellten Anträge respektive dem Anliegen zur Kommission. Ich bin ganz klar der Meinung, dass wir eine ordentliche Kommission bereits mit dem Geschäft beauftragt haben. Also es gibt eine ordentliche einwohnerrätliche Kommission, sehr ordentlich, da sie in der Geschäftsordnung mindestens, vielleicht sogar in der Verfassung, definiert ist.

Ich verstehe die Bedenken, dass es länger dauern wird, aber ich bin gegen einer Kommission. Dass man einfach eine parallele Kommission aufbaut ist nicht zielführend und entspricht nicht dem eigentlichen Vorgehen in solchen Fällen.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Ich möchte kurz auf ein zwei Themen eingehen:

Das grosse Thema, welches im Raum steht, ist die gewünschte Kommission. Hierzu möchte ich mich auch kurz in meinem Namen dazu äusseren. Es gibt mehrere Gründe, wieso hier eine Kommission keinen Sinn macht:

Das Büro an sich ist ja schon eine Kommission und man wird in diese gewählt. Es finden entsprechende Wahlen statt. Es ist also nicht einfach reiner Zufall wer dort drin sitzt. Ausserdem ist der Auftrag klar an das Einwohnerratsbüro erteilt worden. Es geht mir nicht darum, dass ich das Geschäft unbedingt bei mir behalten möchte, sondern es besteht einfach schon eine Kommission, welche sich mit diesem Thema auseinander gesetzt hat. Wenn wir jetzt eine neue Kommission machen, würde dies bedeuten, dass nochmals 7 weitere Personen über etliche Stunden sich mit diesem Thema auseinandersetzen müssen.

Zudem braucht es, aus meiner Sicht, eine Detailberatung heute trotzdem. Vielleicht nicht nur heute, vielleicht wird das Traktandum heute unterbrochen und an der nächsten Sitzung weiterdiskutiert, aber wenn wir keine Detailberatung machen, dann weisen wir das Geschäft der Kommission ohne klaren Auftrag zu. Was ist der Auftrag der Kommission? Wo ist der Tenor aus dem Einwohnerrat?

Was ich auch versichern kann, ist, auch wenn es nochmals eine Kommission gibt, dass es die Diskussionen anschliessend genau gleich da sein werden. Es wird auch in dieser Kommission verschiedene Meinungen geben und auch dann werden Anträge gestellt werden, wenn es in die Detailberatung geht. Ich denke daher dass es keinen grossen Unterschied geben wird, ob wir es jetzt machen oder nach der zwischengeschalteten Kommission. So viel zu der Kommission.

Bezüglich dem Regierungsrat, Noldi, wenn dem so ist, würde es mich Wunder nehmen, wie das ist. Wie gesagt ich habe dies extra abgeklärt und wir sind alle zum selben Schluss gekommen. Gerne kannst du mir erklären, woher du die Information hast und wo man diese findet. Ich bin klar der Meinung wir haben dies abgeklärt. Dies ist nicht der Fall.

Zur SP: Der Einwohnerrat bekommt ja gerade jetzt die Möglichkeit sich dazu zu äussern. Das hätte er so oder so gehabt, aufgrund der Detailberatung.

Dass der Gemeinderat die Möglichkeit erhalten hat sich vorab dazu zu äussern, kommt daher, da er heute hier überhaupt keinen Einfluss hat. Die Stellungnahme hätte er indirekt eh machen können und anschliessend dem Rat die Anträge gestellt. Wir wollten den zusätzlichen Aufwand abkürzen.



EINWOHNERRAT

Zum Bericht an die Fraktionen, dies ist natürlich Aufgabe der Mitglieder des Büros. Es ist ihre Aufgabe die Fraktionen zu informieren was läuft. Jede Fraktion hat einen Vertreter im Büro, welche entsprechende Informationen geben kann.

Dann hat es noch geheissen wir sind nicht auf alle Anträge respektive alle Wünsche eingegangen. Mir wäre nicht bewusst, dass wir auf diese nicht eingegangen wären. Wir haben alles diskutiert, was im Voraus im Büro eingegangen ist. Wir haben einfach nicht überall eine Mehrheit gefunden und sind dann im Bericht und Antrag nicht darauf eingegangen. Dies aus dem einfachen Grund, dass wir diese Punkte im Einwohnerrat im ganzen Plenum diskutieren wollten.

Zu den Aufgaben des Büros, und dazu, dass diese sehr umfangreich seien: hier ist eigentlich nichts Weiteres drinnen als das, was wir heute schon machen, respektive ist es eigentlich nur eine Spezifizierung des Gelebten.

Besten Dank zur FDP und GLP welche unser Vorgehen unterstützen, sowie den Grünen. Auch ich bin der Meinung, dass ein klarer Auftrag nur durch eine Detailberatung entstehen kann, deshalb bitte ich sie auch dem Antrag auf Kommission nicht zu zustimmen

Einwohnerratsvizepräsidentin Isabella Zellweger (SVP)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen.

Wir haben einen Antrag auf eine 7-Kommission sowohl von ER Arnold Isliker als auch von ER Ernst Schläpfer. Gibt es Wortmeldungen zum Antrag auf Kommission?

ER Fabian Bolli (GLP)

Im Wesentlichen habe ich eine Frage an den Antragsteller: Wie stellt ihr euch das vor? Stellt ihr euch 7 neue Mitglieder vor, oder 5, also das Büro, plus 2 neue? Ich bitte um eine Präzisierung.

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich habe dies bereits präzisiert, da kann jede Fraktion vorschlagen, wen sie hier nominieren möchte. Das ist den Fraktionen überlassen.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Das ist für mich eine ziemlich klare Antwort auf diese Frage: es würde null Sinn machen wenn eine 7-Kommission gegründet würde, ohne dass ein Büromitglied davon teil wäre. Das ist ja Blödsinn. Ich hoffe, dass hier schon die eine oder andere Fraktion hier ihr Büromitglied nominiert. Ich weiss von gewissen Büromitgliedern, welche gesagt haben, dass sollte es zu einer solchen Kommission kommen sie nicht davon Teil sein würden: daher kann es gut 2 oder 4 neue Mitglieder sein.

ER Roland Müller (Grüne)

Ich hatte es an der Eintretensdebatte gesagt, mir ist es wichtig, dass der Auftrag der Kommission klar ist. Sonst drehen wir uns im Kreis. Wie stellst du, Arnold, dir das vor wenn wir jetzt heute keine Detailberatung machen?

ER Arnold Isliker (SVP)

Wir machen jetzt kein Pingpong Spiel. Ich hatte es vorher auch schon gesagt: ich möchte, dass eine neutrale Person, wie bei der Baugesetz-Revision auch, ein Jurist, zugezogen wird. Oder auf jeden Fall jemand der Kompetent ist, welcher sagen kann, das ist richtig, das ist machbar oder eben nicht. Das hatte ich ganz klar formuliert. Ich beharre darauf, dass wenn wir eine 7-Kommission machen, dass wir auch eine Berechtigung haben eine externe Person, auch auf Bezahlung, dazu ziehen, sodass wir dann auch der sicheren Seite.

ER Roland Müller (Grüne)

Ich rede nicht vom juristischen, ich rede vom inhaltlichen. Das juristische kann man klären.

EINWOHNERRAT

Gibt es inhaltliche Differenzen, das ist, so finde ich, wichtig. Welcher Fokus hat diese Geschäftsordnung, in welche Richtung soll es gehen.

Einwohnerratspräsidentin at Interim Isabella Zellweger (SVP)

Wir kommen zur Abstimmung des Antrages von ER Arnold Isliker und ER Dr. Ernst Schläpfer vor.

Wer dieser 7er Kommission zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Sie haben dem Antrag mit 8 zu 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

Folgende Kommissionmitglieder wurden nominiert:

Fabian Bolli
Urim Dakaj
Peter Fischli
Herbert Hirsiger
Roland Müller
Dr. Ernst Schläpfer
Isabella Zellweger

Das Geschäft ist erledigt.

Die nächste Sitzung findet am 13. Juni 2024 statt.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall



Randy Ruh
Präsident



Barbara Zanetti
Aktuarin